Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Studienreform statt Studiengebühren

Die Kultusminister haben sich auf ihrer Konferenz am 25./26. Mai in Meiningen darauf verständigt, dass das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss, bei gestuften Studiengängen bis zum zweiten berufsqualifizierenden Abschluss, grundsätzlich gebührenfrei gehalten werden soll. Diese Selbstverpflichtung der Länder soll aber nur bis zum 14. Semester bzw. nach dem „Studienkontenmodell“ bis zur Überschreitung der Studienzeiten um 30 % gelten; danach ist den Ländern freigestellt, Studiengebühren einzuführen.

So sehr die weitgehende Festschreibung der Gebührenfreiheit ein Erfolg ist, so groß ist jetzt die Gefahr eines destruktiven Dominoeffektes bei Einführung von Gebühren für so genannte Langzeitstudierende.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt, dass es im Land Bremen keine Studiengebühren für das Erststudium geben wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unverzüglich mit den Ländern, die den „Nordverbund“ der Hochschulen tragen, Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, gemeinsam Studiengebühren für so genannte Langzeitstudierende auszuschießen.

Dr. Kuhn, Dr. Helga Trüpel,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen